



WIR WOLLEN WOHNEN!



WENDE IN DER WOHNUNGSPOLITIK

Positionen und Forderungen
zur Landtagswahl 2022 in NRW

- ▲ Bezahlbaren Wohnraum schaffen
- ▲ Vorhandenen Wohnraum sichern
- ▲ Rechte von Mieter:innen stärken
- ▲ Wohnungen zukunftssicher machen
- ▲ Wohnraum für alle Menschen



Wohnen ist ein Menschenrecht

Sicherer, angemessener und dauerhaft finanzierbarer Wohnraum ist Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Wir fordern ein entschlossenes Maßnahmenpaket für NRW und eine Wohnungspolitik, die die Bedürfnisse aller Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Wir fordern bezahlbaren Wohnraum und eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik

Vor allem in großen Städten ist bezahlbarer Wohnraum knapp und wird immer teurer. Allein mehr Wohnungen zu bauen, löst das Problem jedoch nicht. Entscheidend ist, welche Wohnungen gebaut werden und dass diese dauerhaft günstig vermietet werden.

- ▲ NRW braucht eine Wende zur einer am Gemeinwohl orientierten Wohnungswirtschaft
- ▲ Kommunale Wohnungsbauunternehmen, Genossenschaften und gemeinnützige Träger müssen gezielt unterstützt werden, z.B. indem öffentliche Grundstücke bevorzugt und zu günstigen Konditionen an sie vergeben werden.
- ▲ Grundlage dafür ist eine am Gemeinwohl orientierte soziale Bodenpolitik. Eine solche bemisst sich nicht an möglichst hohen Verkaufserlösen, sondern an wohnungspolitischen Zielen.
- ▲ NRW braucht wieder eine Landesbaugesellschaft, die all dies steuert, die Kommunen unterstützt und zu dauerhaft bezahlbaren Wohnverhältnissen verpflichtet ist.

Wir fordern den Schutz der Wohnungen im Bestand und stärkeren Schutz für Mieter:innen

Damit Wohnraum nicht zum Spekulationsobjekt wird und Mieter:innen nicht aus ihren Wohnungen verdrängt werden,



Fotos: © Sebastian Sellhorst / bodo e. V.

müssen Wohnverhältnisse gesichert und die Rechte von Mieter:innen gestärkt werden.

- ▲ Bundesgesetze stärken die Mieter:innenrechte. Aber erst wenn das Land die dazu notwendigen Verordnungen im Sinne der Mieter:innen ausgestaltet, können sie ihre Wirkung entfalten. Auch die Möglichkeiten der Kommunen, Bürger:innen durch Zweckentfremdungs- und Milieuschutzsatzungen zu schützen, hängen hiervon ab.
- ▲ Das Wohnraumstärkungsgesetz soll die Verwahrlosung von Wohnraum verhindern. Vielen Kommunen fehlt für die Wohnungsaufsicht allerdings das Geld. Sie muss daher eine kommunale, vom Land finanzierte „Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung“ werden.

Wir müssen Wohnungen zukunftssicher machen und auf den Klimawandel und die demografische Entwicklung ausrichten

Die Kostenverteilung für erforderliche Maßnahmen zum Klimaschutz oder zur Barrierefreiheit von Wohnungen muss sozial gerecht gestaltet werden.

- ▲ Energetische Sanierungen dürfen Mietkosten nicht in die Höhe treiben, sondern müssen warmmietenneutral sein und entsprechend gefördert werden.
- ▲ Immer mehr Menschen sind auf barrierefreien Wohnraum angewiesen. Doch das Angebot ist viel zu gering. Daher müssen für den Neubau klare Standards zur Barrierefreiheit definiert werden. Für vorhandenen Wohnraum ist ein breit angelegtes Umbauprogramm erforderlich.
- ▲ Im Sinne einer klima- und sozialgerechten Quartiersentwicklung müssen Versorgungs-, Begegnungs- und Mobilitätsangebote geschaffen werden, insbesondere auch im ländlichen Raum.

Wir fordern Zugang zu Wohnraum für alle Menschen und die Abschaffung von Obdachlosigkeit

Im Sinne der Daseinsvorsorge und für ein Recht auf Wohnen müssen Land und Kommunen dafür sorgen, dass es für alle Menschen adäquaten Wohnraum gibt und Wohnungslosigkeit verhindert wird.

- ▲ Europäische Union und Ampelkoalition wollen Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030 abschaffen. Das Hilfesystem in städtischen und ländlichen Regionen in NRW muss ausgeweitet, Projekte wie „Endlich ein Zuhause“ müssen entfristet und verstetigt werden.
- ▲ Mit Quoten u.a. im Rahmen des geförderten Wohnungsbaus kann für bestimmte Gruppen (Haftentlassene, Obdachlose, Bewohnerinnen in Frauenhäusern u.a.) der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erleichtert werden.
- ▲ Das Land muss auf die Wohnungsnot von Studierenden und Auszubildenden mit einer Modernisierungs- und Neubauoffensive bei Wohnheimen reagieren und die Mietobergrenzen einfrieren.
- ▲ Für Menschen in der Grundsicherung müssen steigende Mieten und Energiekosten aufgefangen werden. Die Zusatzbelastungen können nicht aus dem Regelsatz getragen werden. Öffentlich geförderter Wohnraum muss zudem immer als „angemessen“ im Sinne der Kosten der Unterkunft gelten.

Impressum

NRW-Bündnis „Wir wollen wohnen!“
c/o Deutscher Mieterbund NRW e.V.

Kreuzstraße 60
40210 Düsseldorf

E-Mail: info@wir-wollen-wohnen-nrw.de
Web: www.wir-wollen-wohnen-nrw.de

Das NRW-Bündnis „Wir wollen wohnen!“ ist ein Zusammenschluss bestehend aus Deutscher Mieterbund NRW e. V., Deutscher Gewerkschaftsbund NRW, Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW e. V., Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt NRW, Caritas in NRW, Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V., Sozialverband Deutschland NRW e. V., Sozialverband VdK NRW e. V.

Düsseldorf, April 2022